NACHRICHTEN AG

29. April 2025

Revolution der Wirtschaft: Start-ups und neue Gesetze für Deutschland!

Am 29.04.2025 diskutiert InFranken über den Koalitionsvertrag der CDU/CSU und SPD, Reformen, Start-up-Förderung und Klimaziele.

Deutschland - Am 29. April 2025 haben sich die Bundesparteien CDU/CSU und SPD auf einen neuen Koalitionsvertrag verständigt, der im Herzen die Erneuerung des Versprechens der Sozialen Marktwirtschaft trägt. Zentrales Ziel ist es, eine wettbewerbsfähige und wachsende Volkswirtschaft zu schaffen, während gleichzeitig der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. In einer Diskussion, die Beispiel gebend für diesen Ansatz ist, äußerte Unternehmerin Bökenbrink die Hoffnung auf eine effizient arbeitende Regierung und machte deutlich, dass die Parteien die Wirtschaft entfesseln müssen. Der neue Koalitionsvertrag wird als Grundstein für eine positive Wende in der wirtschaftlichen Situation Deutschlands bewertet. Infranken berichtet, dass vor allem der Optimismus über

mögliche Impulse für das Vertrauen in die Wirtschaft hervorgehoben wurde.

Geprägt von dem Hauptaugenmerk auf einen schlankeren und effizienteren Staat, sieht der Koalitionsvertrag umfassende Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Landes vor. Dazu zählt die Vereinfachung des Vergaberechts sowie eine Deregulierung, die unter anderem eine Aussetzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bis zur Umsetzung der europäischen Richtlinie beinhaltet. Dies könnte einen signifikanten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen haben, was Philipp Türmer von der SPD bestätigte, der allerdings auch vor Finanzierungsvorbehalten im neuen Vertrag warnte.

Fokus auf Start-ups und neue Technologien

Ein weiterer entscheidender Punkt im neuen Koalitionsvertrag ist die Förderung von Start-ups, die sowohl von KPMG betont wird als auch von Carsten Maschmeyer gewürdigt wird. Diese jungen Unternehmen stellen ein zentrales Element der wirtschaftspolitischen Agenda dar. Maßnahmen wie der Abbau bürokratischer Hürden, die Einführung eines One-Stop-Shops für Unternehmensgründungen sowie Investitionen in Schlüsseltechnologien sind geplant, um die Gründungsbedingungen in Deutschland zu optimieren. Der CMS Blog hebt hervor, dass diese Schritte insbesondere die Entwicklung eines florierenden Venture-Capital-Ökosystems unterstützen sollen.

Des Weiteren sieht der Koalitionsvertrag eine Investitionsoffensive vor, die eine Schließung von Finanzierungslücken zum Ziel hat. Ein Deutschlandfonds mit mindestens 10 Milliarden Euro Eigenmitteln des Bundes soll hierbei als Grundstein dienen, um private Investitionen zu mobilisieren. Um die Innovationskraft der Start-ups zu gewährleisten, werden auch gezielte Investitionen in temporäre Technologieschwerpunkte wie Künstliche Intelligenz und

Biotechnologie angestrebt.

Gesellschaftliche Verantwortung und Klimaziele

Im Hinblick auf gesellschaftliche Verantwortung und Umweltfragen bekräftigt der Koalitionsvertrag auch das Engagement für Klimaziele. Dabei wird eine CO_2-Reduktion sowie dessen Anrechnung im Fokus stehen, während gleichzeitig eine Klimaneutralität bis 2045 angestrebt wird. KPMG hebt hervor, dass der neu eingeführte Sonderfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro zum Klimaschutz entscheidend sein könnte für die zukünftige ökonomische und ökologische Ausrichtung Deutschlands.

Dennoch gibt es Skepsis. So wurden im Koalitionsvertrag massive Leerstellen identifiziert, darunter auch eine Lücke von 130 Milliarden Euro im Kernhaushalt, was von Brinkhaus als unzureichend betrachtet wird. Er argumentiert, dass nicht alles durch Geld gelöst werden kann. Dies macht den Aufruf zu notwendigen Reformen und die Forderung nach einer Besteuerung der Reichen noch dringlicher. Die Jusos müssen zudem noch der SPD-Union-Koalition zustimmen, bevor der Vertrag in vollem Umfang umgesetzt werden kann.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Deutschland
Quellen	• www.infranken.de • kpmg-law.de • www.cmshs-bloggt.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de